

Autor: Dr. Kerstin Albrecht, Düsseldorf
Seite: 10 bis 11
Rubrik: Zahnmedizin

Mediengattung: Wochenzeitung
Jahrgang: 2023
Nummer: 0726

Versorgungssituation in Deutschland dramatisch

Vulnerable Gruppen: Hochschullehrer schlagen Alarm – VHZMK stellt klare Forderungen an die Politik

Auf dem 73. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie e. V. (DGMKG) und der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) und dem Deutschen Zahnärztetag standen vom 14. bis 17. Juni 2023 viele Themen mit hoher gesellschaftlicher, aktueller Relevanz auf der Agenda. Eins davon: die zahnmedizinische Versorgung von vulnerablen Gruppen in Deutschland.

■ Quellen

Hybride Pressekonferenz der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie e.V. (DGMKG) und der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde e. V. (DGZMK) zum 73. Kongress/Deutscher Zahnärztetag, 15. Juni 2023, Hamburg Pressemitteilung der DGMKG und der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK): „Versorgungslücke: Zahnmedizinische Versorgung von Kleinkindern und Menschen mit Behinderungen an deutschen Universitätskliniken stark gefährdet“, Hamburg, 15. Juni 2023

Zahnsanierungen in ITN: 4,5 Monate Wartezeit

Eine Umfrage der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK) unter allen 30 zahnmedizinischen Universitätsklinikum Deutschlands hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Standorte vulnerable Patienten wie Kleinkinder, Kinder und Erwachsene mit schweren Krankheiten oder mit Behinderungen oder geriatrische Patienten nicht mehr ausreichend versorgen kann. Die Wartezeiten für Behandlungen in Intubationsnarkose (ITN) betragen demnach im Schnitt derzeit viereinhalb Monate – 2009 lagen sie noch bei drei bis vier Wochen.

„Wir sehen uns aber moralisch und ethisch in der Pflicht, diese Patienten vernünftig zu versorgen.“ *Diana Wolff*

Auf der Pressekonferenz des Kongresses „DGMKG meets DGZMK“, Deutscher Zahnärztetag in Hamburg, am 15. Juni 2023 informierten Professorin Diana Wolff, ärztliche Direktorin der Poliklinik für Zahnerhaltungskunde in Heidelberg, gemeinsam mit Professor Bernd Lethaus, Direktor der Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Plastische Gesichtschirurgie, Universitätsklinikum Leipzig, die Öffentlichkeit über die prekäre Lage.

So betrage die Wartezeit auf einen zahnärztlichen Operationstermin in Vollnarkose mit stationärer Aufnahme am Universitätsklinikum Heidelberg zwölf Monate. Rund 60 Patienten ständen auf der Warteliste, so Wolff, dahinter stünden Menschen mit Schmerzen und hilflose, pflegende Angehörige. „Die Mehrheit der universitären Standorte in Deutschland schafft es nicht mehr, diese Patienten zu versorgen“, sagte Wolff.

Auf stationäre Nachbetreuung angewiesen

Gerade die Unikliniken werden als Häuser der Maximalversorgung von Patienten mit oft schweren Grunderkrankungen zur Zahnbehandlung aufgesucht, oder die Patienten werden von niedergelassenen Kollegen überwiesen. Wolff führte als Beispiel die Kindersprechstunde der Zahnklinik Heidelberg an, in der im Jahr 2021 86 Prozent der Kinder an schweren Erkrankungen und Behinderungen, wie beispielsweise Entwicklungsstörungen, Epilepsie und Paresen litten. Weitere Beeinträchtigungen der Kinder seien das Down-Syndrom, Fehlbildungssyndrome, schwere Stoffwechselerkrankungen und Herzerkrankungen. Viele dieser Kinder kämen aus der Kinderklinik in die zahnärztliche Sprech-

stunde und benötigten eine besonders aufwendige Betreuung inklusive häufig auch sehr dringender Sanierungen in Narkose. Insgesamt gäbe es einen Anstieg von Menschen, die Narkosesanierungen mit stationärer Nachbetreuung benötigten, denn die Fortschritte im Bereich Zahnerhaltung hätten es mit sich gebracht, dass heute nicht mehr leichtfertig Zähne extrahiert würden, sondern auch bei den vulnerablen Patienten versucht werde, die eigenen Zähne und damit ein gutes Stück Lebensqualität zu erhalten. Allerdings sei der Aufwand für zahnerhaltende Maßnahmen deutlich höher und bedinge eine längere OP-Dauer, was die Anzahl der Vollnarkosen pro OP-Tag weiter einschränke.

Die OP-Kapazitäten sind an Universitätsstandorten mit Zahnkliniken limitiert und sie können nicht beliebig ausgeweitet werden. Das liegt neben dem allgemeinen Mangel an Pflegekräften vor allem daran, dass das zahnärztliche Personal aufgrund einer veralteten Kapazitätsverordnung an Universitätsklinikum an die Zahl der Studenten gebunden ist. Personal für die reine Krankenversorgung ist im Regelfall nicht vorgesehen, sodass dafür nicht einfach mehr Zahnärzte eingestellt werden können.

Kostendruck auf die Maximalversorger

Universitätsklinikum als Maximalversorger unterliegen, nicht nur durch die Effekte der Corona-Pandemie, zunehmendem Kostendruck. Zahnsanierungen in Narkose sind bei komplexen Fällen weder im stationären noch im ambulanten Setting kostendeckend. Im stationären Setting generieren sie sogar enorme Defizite, da hier gedeckelte DRGs (Diagnosis Related Groups, Fallpauschalen) angesetzt werden, die in keiner Weise auskömmlich sind. „Wir

sehen uns aber moralisch und ethisch in der Pflicht, diese Patienten vernünftig zu versorgen“, resümierte Wolff. Sie stellte klar, dass niemand mit diesen Eingriffen Geld verdienen wolle, „aber wir möchten gerne mit einer schwarzen Null bilanzieren können.“

Die VHZMK hat eine multidisziplinäre zahnärztliche und MKGchirurgische Arbeitsgruppe mit Hochschullehrern, niedergelassenen Kollegen sowie Anästhesisten gegründet. Die Arbeitsgruppe möchte dafür sensibilisieren, dass vulnerable Gruppen momentan vielerorts durch das Netz des Gesundheitssystems fallen. „Wir fangen hier und da im Rahmen unserer Möglichkeiten jemanden auf und finanzieren dies durch andere Leistungen in der Krankenversorgung quer. Wir stemmen das mit zahnärztlichem Personal, das eigentlich für die zahnmedizinische Lehre beschäftigt ist“, sagte Wolff. Diese Situation führe zu Wut, Frustration und Unverständnis aufseiten der betroffenen Patienten und deren Angehörigen, denn die Hinter-

gründe dieser Misere seien schwierig zu vermitteln.

Forderungen an die Politik

Auf der Pressekonferenz formulierte Wolff folgende Forderungen der multidisziplinären Arbeitsgruppe an die Politik:

- Reformierung der Abrechnungsmodalitäten im stationären Setting
- Anpassung der DRGs, um kostenneutral arbeiten zu können
- angemessene Zusatzentgelte zu den normalen zahnärztlichen Leistungen im ambulanten Setting einer Vollnarkose im ITN
- Kostenneutralität für die Anästhesieleistungen für Häuser der Maximalversorgung
- Stellen für zahnärztliches Personal für die reine Krankenversorgung außerhalb des Budgets für Forschung und Lehre
- mehr OP-Kapazitäten aus Vorhaltefinanzierung, dazu Pflege- und Anästhesiekapazitäten, sowie auch eine Aufstockung der Bettenanzahl

Über ein Netzwerk aus Universitätszahnklinik, niedergelassenen Kollegen in Schwerpunktpraxen, der BZÄK und der KZBV soll es eine sinnvolle regionale und überregionale Patientenverteilung auf verschiedenen Ebenen – abgestuft nach dem Schweregrad der Grunderkrankung der Patienten – geben.

Dr. Kerstin Albrecht, Düsseldorf

An Universitätsklinik können nicht genug Zahnsanierungen in Narkose angeboten werden. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Foto: proDente e.V.

Auf der Pressekonferenz der DGMKG und DGZMK zum Deutschen Zahnärztetag standen Prof. Alexander Schramm (von links), Bundeswehrkrankenhaus Ulm; PD Alexander Bartella, MKG-Chirurg aus Bielefeld; Friederike Gehlenborg, DGMKG; Prof. Diana Wolff, Heidelberg; und Prof. Bernd Lethaus, Leipzig, für Fragen zur Verfügung.

Foto: DGMKG/boeld communication GmbH